

Wissenschaftler in der Pflicht

Interdisziplinär, international, praxisbezogen und politisch relevant – die Konversionsforschung vereint alles, was ein modernes Wissenschaftsgebiet haben sollte. In

Bonn feierte das weltweit einzige Institut für Konversionsforschung seinen zweiten Geburtstag. Das BICC sucht die Zusammenarbeit mit allen Disziplinen.

Von Angela Lindner

Wo keine Kriege sind oder drohen, das hat die Erfahrung gelehrt, da wird im militärischen Bereich abgebaut, reduziert und eingespart, was das Zeug hält. Seit dem Ende des kalten Krieges ist genau dies in großem Umfang geschehen (siehe Tabelle S. 26). Doch die

langersehnte Friedensdividende ist in den Staatshaushalten zur Füllung der Löcher verschwunden (USA), für die politische Wende im eigenen Land ausgegeben worden (Deutschland) oder aber die Gelder hätten ohnehin nicht mehr zur Verfügung gestanden (Rußland). In den neunziger

Jahren, so sagen die Experten, ist die Sicherheitspolitik stärker von den Finanzministern als von Verteidigungs- oder Außenministern dirigiert worden. Und nicht nur das: Soldaten, Waffen, Industrieanlagen und Gebäude lösen sich nicht auf, wenn man sie nicht mehr braucht. Umschulung, Vernichtung und Umfunktionalisierung verursachen nicht nur soziale, umweltrelevante oder Managementprobleme, sondern sie kosten erst einmal schlichtweg Geld. Statt Dividende also Defizit. Schon werden erste Zeichen der Stagnation sichtbar. So sinken die Militärausgaben anteilmäßig nicht mehr so stark wie in den vergangenen fünf Jahren, auch die Waffenexporte stabilisieren sich.

Forscher müssen in Vorleistung treten

In dieser Situation sind Ideen gefragt, daß Konversion sich lohnt – auch sicherheitspolitisch. Und da die Politik weder in Deutschland noch international so weit ist, gezielte Programme zur Konversion aufzulegen, ist die Wissenschaft gefordert – und zwar alle Disziplinen. Sie müssen sozusagen in Vorleistung treten. Fakten und Argumente für die Konversion sammeln und an praktischen Beispielen den Wert ihrer Ratschläge zeigen. In dieser Einsicht 1992 von der UN-Konversionskonferenz in Dortmund bestärkt, initiierte das nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerium noch im selben Jahr die Gründung eines Hochschullehrerarbeitskreises Konversionsforschung (HAK). Zwei Jahre später bewilligte dann das Land NRW 2,5 Millionen Mark für die Gründung des Bonner Konversionszentrums (Bonn International Conversion Center = BICC). Somit war dem thinktank HAK ein praxis- und dienstleistungsorientiertes Institut für die Durchführung der Ideen gegenübergestellt.

Ein Jahr danach kann das inzwischen 24köpfige junge Team um Zentrumsleiter Dr. Herbert Wulf nicht nur erste



Abrüstung ohne Konversion – eine gefährliche Strategie. Wissenschaftler sind daher gefordert, Auswege zu finden.

FOTO: BICC

Arbeitsergebnisse vorweisen, es hat auch schon zwei Höhepunkte erlebt, auf die andere länger warten müssen: Auf dem Weltsozialgipfel in Kopenhagen gestaltete BICC ein „special event“ (siehe Beitrag Seite 27) und in Bonn veranstaltete das Zentrum eine Konferenz zum Thema „Konversion – Herausforderung für Wissenschaft und Forschung“, an dem rund 150 Wissenschaftler teilnahmen.

Prozeß beschleunigen, Kosten mindern

Die Gesellschafter des BICC – das sind die Länder Nordrhein-Westfalen (trägt 90 Prozent der Kosten) und Brandenburg, die Investitions-Bank und Landesentwicklungsgesellschaft in NRW – bezeichnen sich selbst als Befürworter der Abrüstung, die auf die mittel- und langfristig positiven Auswirkungen von Abrüstung und Konversion setzen. Konversion, so definieren sie in einer Selbstdarstellung, soll „den notwendigen Transformationsprozeß beschleunigen und durch ordnungs- und prozeßpolitische Maßnahmen die Umstellungszeit verkürzen und die Kosten mindern. Darüber hinaus analysiert die Konversionsforschung Sicherheitsstrukturen als Rahmenbedingungen und die sich daraus ergebenden Anforderungen und Effizienzprobleme.“ Mit dem BICC hofft man „auch einen bescheidenen friedenspolitischen Beitrag“ zu leisten. So soll das Zentrum international arbeiten, und vor allem Beratung, Serviceleistungen und technische Hilfe bieten, sowie als „Clearingstelle“ fungieren und Erfahrungen zu Konversionsprojekten dokumentieren und weitergeben.

Die Palette der Aktivitäten des BICC reicht von wissenschaftlichen Untersuchungen über Expertenseminare bis hin zur Aufstellung von Registern und Ratgebern. So beschäftigt sich ein Projekt mit der effektiven Höhe der ‚Friedensdividende‘ in den verschiedenen Ländern der Welt und wie sich gleichzeitig Sozialausgaben, Entwicklungshilfe, Schuldenrückgaben oder friedensbewahrende Maßnahmen bis hin zu Umschichtungen vom Militärhaushalt in andere Bereiche entwickelt haben. In einem Gemeinschaftsprojekt mit Italien, Spanien und Großbritannien wird über die Zukunft des „EuroFighter 2000“ nachgedacht, insbesondere die Sicherheitspolitik der beteiligten Länder, technologische Kompetenz oder finanzielle Effekte dabei betrachtet. Im April wird gemeinsam mit einem Institut der US-amerikanischen Stanford Universität ein Expertenseminar über die Konversion der Militärindustrie Rußlands

Abrüstung und Sicherheit

Eins geht nicht ohne das andere

DUZ-Interview mit dem Leiter des Bonner Konversionszentrums, Dr. Herbert Wulf.

DUZ: In der Abschlusserklärung des Sozialgipfels in Kopenhagen heißt es unter anderem: „Soziale Gerechtigkeit ist die unabdingbare Voraussetzung für Frieden und Sicherheit in der Welt.“ Müssen wir also auf soziale Gerechtigkeit warten, um umzurüsten?

Wulf: Wir können das eine nicht ohne das andere haben. In unserer Erklärung in Kopenhagen haben wir zu betonen versucht, daß es einen sich gegenseitig verstärkenden Prozeß von Abrüstung und Entwicklung geben muß. Auf der einen Seite kann Abrüstung dazu beitragen, Ressourcen für soziale und wirtschaftliche Entwicklung einzusetzen, so daß die Menschen dadurch sicherer werden. Und durch mehr Sicherheit erhöht sich dann wiederum die Möglichkeit abzurüsten.

DUZ: Wieviel „demokratisch kontrollierte Gewaltmittel“ brauchen wir dann noch?

Wulf: Wenn dieser sich gegenseitig verstärkende Trend lange genug anhält, kann man mit der Abrüstung vielleicht weitergehen, als man heute glaubt. Konversion findet statt, und zwar erstmals seit dem Beginn des kalten Krieges in den fünfziger Jahren. Dennoch sind die Arsenale und die Rüstungsproduktionskapazitäten noch immer zu groß, auch angesichts der Konfliktlage in aller Welt. Und die müssen in den kommenden Jahren weiter abgebaut werden. Daraus resultiert dann auch die Notwendigkeit für Konversion, für Reorientierung von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, für eine Umschichtung der Finanzen hin zu zivilen Zwecken und so weiter.

DUZ: Sie haben jetzt 2,5 Millionen Mark vom Land Nordrhein-Westfalen für Konversionsforschung zur Verfügung gestellt bekommen. Wie lange kommen Sie damit aus? Müssen Sie

„Klinken putzen“, um neue Gesellschafter zu finden oder machen Sie auch Auftragsforschung?

Wulf: Wir suchen nicht aktiv nach neuen Gesellschaftern, aber wir bemühen uns aktiv – und zwar erfolgreich – um die Finanzierung einzelner Konversionsprojekte, etwa bei Forschungsförderungseinrichtungen, bei der Europäischen Gemeinschaft oder verschiedenen Landesregierungen. Die 2,5 Millionen Mark stehen befristet bis zum Jahr 1998 zur Verfügung, und dann wird man sehen, wie weit sich der Konversionsprozeß entwickelt hat. Aber ich denke, daß die Gesellschafter, wenn das Projekt vielleicht noch ein Jahr weiter gelaufen ist, sich überlegen werden, ob man neue hinzugewinnen kann. Es gibt durchaus Interesse.

DUZ: Können Sie schon sagen, von wem?

Wulf: Einzelne Länderregierungen haben die Frage offen mit uns diskutiert, allerdings noch keine konkreten Zusagen gemacht.

DUZ: Sind vom Bund auch solche Signale gekommen? Immerhin wurden dort im letzten Jahr 2,5 Millionen Mark für die Friedensforschung gestrichen.

Wulf: Die Begründung seitens der Bundesregierung war, daß Friedensforschung so etabliert sei, daß sie sich aus den normalen Fördermitteln bedienen kann. Die Friedensforscher haben dies natürlich kritisiert. Und auch ich bin der Meinung, daß man gerade jetzt in einer Zeit, in der manche Fragen völlig neu gestellt werden – also auch wieder Krieg in Europa ausgebrochen ist, den wir ja glaubten überwunden zu haben – falsche Signale mit der Streichung von Friedensforschungsmitteln setzt. Auch am BICC will sich der Bund vorerst nicht als Gesellschafter beteiligen. Aber wir haben verschiedene Vertreter der Bundesregierung aus Ministerien in Gremien, etwa im internationalen Kuratorium oder auch in einem nationalen Beirat, einem Beratungsgremium. Und vor allen Dingen – was uns sehr freut – auf der Arbeitsebene sind bei konkreten Projekten das Auswärtige Amt, das Verteidigungsministerium und das Wirtschaftsministerium dabei. ■

Das Interview mit Dr. Herbert Wulf führte DUZ-Redakteurin Dr. Angela Lindner.

und der osteuropäischen Länder veranstaltet. Eine andere Gruppe wiederum arbeitet an der Erstellung eines Ratgebers, die deutschen Gemeinden bei der Schließung von Stützpunkten der Vereinigten Staaten unterstützt. Die gleichzeitig laufende Forschungsarbeit soll effiziente Strukturen erarbeiten, um negative regionalökonomische Effekte zu mindern.

Eine besonders wichtige, wenn auch mühselige Aufgabe wird die Bearbeitung der Daten aus dem UN-Register für konventionelle Waffen sein, die das BICC im Rahmen eines Beratervertrages mit der UN zu bewältigen hat. Die UN-Daten sollen unter anderem mit den Militärausgaben in den verschiedenen Ländern verglichen werden. Nobelpreisträger Dr. Oscar Arias hatte auf dem Weltsozialgipfel beklagt, daß das Register zu nachlässig geführt würde und seine Stärkung gefordert (siehe Beitrag Seite 27).

In Bonn wird englisch gesprochen

Da das BICC primär als Servicezentrum konzipiert ist, besteht die Forschungstätigkeit vor allem aus der Auswertung vorhandener Literatur oder dem Aufzeigen von Defiziten. In diesem Bereich sind die meisten Mitarbeiter tätig. Sie stammen aus den Niederlanden, Brasilien, USA, Rußland, Großbritannien. Weitere sitzen in anderen Ländern und arbeiten als freie Mitarbeiter an Aufträgen. Kein Wunder also, daß im Bonner Konversionszentrum englisch gesprochen wird.

Nicht die Sparmaßnahmen in den Rüstungshaushalten sei die wahre Friedensdividende, sondern die neue Möglichkeit, in nicht-militärische Programme zu investieren, demobilisierte Soldaten und ihr Know-how für wirtschaftliche und soziale Entwicklung zur Verfügung zu stellen, frei werdende Liegenschaften für Stadtentwicklung und Gewerbeansiedlung zu nutzen, hochqualifizierte Wissenschaftler bei zivilen Forschungsarbeiten einzusetzen und schließlich durch Entspannung und Konfliktlösung dazu beizutragen, ein besseres Investitionsklima zu schaffen. Diese Aufgaben für Konversionsforscher zählte BICC-Chef Dr. Herbert Wulf und motiviert damit ganz offensichtlich seine junge engagierte Mannschaft. Aber er kennt auch die Widerstände nur allzu gut: wirtschaftliche und soziale Probleme, neue Bedrohungen und daraus übertrieben abgeleitete „worst case“ Szenarien, die Entwicklung neuer Waffentechnolo-

gien und das Festhalten an überkommenen Sicherheitskonzepten.

Konversion bedeute Friktion, langer Atem sei nötig und deswegen müßten Programme für die wissenschaftliche Arbeit aufgestellt werden, das sei „lebenswichtig“. Mit diesen Worten rief Prof. Klemmer in Bonn die Wissenschaftsszene zur Mitarbeit auf, denn für ein solches Forschungsprogramm, sagte Klemmer, „brauchen wir die Fantasie aller Fachwissenschaftler“. Bislang haben sich die Forscher nur mit Rüstungsfragen beschäftigt und deren Auswirkung analysiert. Bei der Analyse der Konversion aber spielten Arbeit, Entwicklung, Umwelt oder Landesplanung eine Rolle, betonte Klemmer und sprach damit die neuen sicherheitspolitischen Dimensionen an. Die Risiken für einen Konflikt haben sich geändert. Territorial, wirtschaftlich oder auf reine Vernichtung gerichtete Konflikte würden zukünftig vor allem denen aus existentieller Not, also Armut, weichen. Dafür müßten neue Lösungen gefunden werden, reines „Containment“ greife da nicht mehr, sagte Klemmer in Bonn. So müßten die jeweiligen Forschungsdisziplinen in Fragen der Konversion Gesetzmäßigkeiten aufdecken, Widerstände erkennen, Vor- und Nachteile der Maßnahme analysieren und schließlich ein wissenschaftliches Fundament für die (Konversions-)Politik schaffen. Wissenschaftsministerin Anke Brunn beschwor denn auch die Anwesenden: „Konversion ist kein Traumthema einer friedlichen Welt, sondern der praktische Einsatz unserer Qualitäten.“ ■

Abrüstung weltweit seit dem Ende des kalten Krieges

Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie: von 16 Millionen auf 11,5 Millionen (60 Prozent davon gingen in Rußland verloren; 30 Prozent in China, USA, Ukraine, Großbritannien, Frankreich, Indien, Deutschland, Nordkorea) USA: von 3 Millionen auf 2,2 Millionen Deutschland (inkl. DDR): von 340000 auf 120000.

Armeen: von 27 Millionen auf 23 Millionen Personen (ohne rund 5 Millionen Personen in paramilitärischen Verbänden).

Infrastruktur: (keine globalen Zahlen vorhanden) Deutschland am stärksten betroffen mit 9200 qkm und 1000 Einrichtungen, in Brandenburg 8 Prozent der Fläche.

Waffen: (keine globalen Zahlen vorhanden) Zahl überschüssiger Waffen vollkommen unbekannt, 100 Millionen weltweit verstreute Landminen zu entsorgen, 40000 Systeme werden in Europa abgebaut (KSE-Verträge).

Ausgaben pro Jahr: von 1000 Milliarden auf 810 Milliarden US-Dollar (von 5 % auf 3,7 % des Weltbruttosozialproduktes; Ersparnis insgesamt 500 Milliarden US-Dollar) davon 125 Milliarden in den Entwicklungsländern.

Ausgaben für Frieden und Demobilisierung: von 2,4 Milliarden auf 15,7 Milliarden US-Dollar.

Personen in Militär-F&E: (keine globalen Zahlen vorhanden) 95 bis 98 Prozent in OECD-Ländern und Rußland; geschätzt: mindestens 1,5 Millionen Personen, gesichert: 1 Million Personen in Rußland.

Ausgaben für Militär-F&E (keine globalen Zahlen vorhanden) nicht so stark gesunken wie Ausgaben für Militär insgesamt; Rußland heute: 70 Prozent der gesamten F&E-Ausgaben, bzw 10 Prozent der Militärausgaben.

Waffenhandel: rund 60 Prozent mit Entwicklungsländern bzw 90 Prozent mit fünf Welt sicherheitsratsmitgliedern und Deutschland; der größte Teil der Waffen verbleibt in der jeweilig produzierenden Nation.

Zugleich: 90 Prozent aller Kriegstoten sind Zivilisten; in den Entwicklungsländern besteht eine 33mal größere Wahrscheinlichkeit an Krankheit/Hunger zu sterben als im Krieg.